



Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.11.2022
Raum, Ort:	Konferenz- und Schulungszentrum, Werner-Nordmeyer-Str. 13, 31226 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:44 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Frau Doris Maurer-Lambertz

Mitglieder

Herr Thomas Kirchmann

Herr Holger Meyer

bis 18.45 Uhr

Herr Matthias Möhle

Vertretung für: Herrn Sebastian Hebbelmann , TN bis
18.30 Uhr

Herr Christoph Moritz

Frau Antje Schulz

Herr Günter Schmidt

Herr Jürgen Wehmer

Herr Jan Wouter van Leeuwen

Vertretung für: Herrn Carsten Lauenstein, TN bis 18.30
Uhr

Herr Dr. Josef Efken

Herr Sigurt Grobe

Vertretung für: Herrn Thomas Schellhorn

Grundmandat

Herr Michael Baum

Frau Anja Belte

bis 18.30 Uhr

Bürgervertretung

Herr Jürgen Streichert

Frau Manuela Schneider

bis 19.25 Uhr

Herr Oliver Ahrens

Herr Norbert Müller

Sonstige Mitglieder

Herr Joachim Hansmann

Protokollführung

Frau Selina Hofmeister

Verwaltung

Frau Elke Kentner

Frau Ulrike Köhler

Frau Svenja Menzel

Herr Christian Mews

bis 18.45 Uhr

Frau Ruth Schaarschmidt

Frau Dr. Shobeiry Fard

Frau Wiebke Wemmel

Gäste

Frau Silke Weyberg

Entschuldigte:

Vorsitz

Herr Carsten Lauenstein

fehlt entschuldigt

Mitglieder

Herr Sebastian Hebbelmann

verhindert

Herr Thomas Schellhorn

fehlt entschuldigt

Grundmandat

Herr Günther Engelhardt

fehlt unentschuldigt

Bürgervertretung

Frau Martina Goetzke

fehlt entschuldigt

Herr Hansgeorg Böttcher

fehlt unentschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.09.2022
- 4 Planung erneuerbarer Energien auf kommunaler Ebene
- 5 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 6 Niedersächsischer Weg
- 7 Doppischer Produkthaushalt 2023 für die Dezernatsleitung 2 und die Fachdienste Umwelt sowie Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
- 8 Informationen der Verwaltung
- 8.1 Vorstellung des Fachdienstes Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
- 9 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden festgestellt.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.09.2022

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig, bei 3 Enthaltungen, genehmigt.

4. Planung erneuerbarer Energien auf kommunaler Ebene

Frau Weyberg, Geschäftsführerin des Landesverbandes für Erneuerbare Energien Niedersachsen | Bremen e. V., trägt die, dem Protokoll als Anlage 1 beiliegende, Präsentation vor.

5. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Die Einwohnerfragestunde wird eröffnet und erweitert, sodass auch Fragen mit Bezug zu dem vorangegangenen Vortrag direkt an Frau Weyberg zulässig sind.

Herr KTA van Leeuwen fragt nach, ob Windkraftanlagen, die einzeln stehen, auf nicht ausgewiesenen für ein Repowering einen B-Plan benötigen oder ob Flächen ausgewiesen werden müssen. Frau Weyberg erläutert, dass ein B-Plan in jedem Fall erforderlich sei, eine Flächenausweisung jedoch nicht zwingend in jedem Fall erfolgen müsse.

Der anwesende Einwohner Herr Bode verweist auf den langen Verfahrensgang des aktuell gültigen Raumordnungsprogramms Wind und bittet um Ausführungen, welche Schritte der Landkreis geplant hat, um das Verfahren zu beschleunigen. Insbesondere möchte er wissen, warum der Landkreis die Planung nicht selber macht bzw. sich die Planungshoheit, die an den Regionalverband „abgetreten“ wurde, zurückholt.

Dezernent Mews erläutert, dass die Zuständigkeit für die Ausweisung von Flächen aufgrund eines Gesetzes an den RGB übertragen wurde. Es handelt sich dabei um ein niedersächsisches Landesgesetz, eine Änderung der Zuständigkeiten ist daher nicht einfach möglich. Der Landkreis Peine pflegt einen engen Dialog mit dem RGB, wirkt mit und versucht, über die Formulierung von verbindlichen Zielen eine Beschleunigung herbeizuführen.

Dennoch wird aus dem Ausschuss weiterhin die Skepsis geäußert, dass Niedersachsen das vorgegebene Ziel, 2,2 % der Landesfläche als Windenergiegebiet auszuweisen, nicht erreichen kann, wenn die bürokratischen Abläufe und Verfahren weiterhin so lange dauern. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass neben den beiden Problemen der Flächenfindung und der Dauer von Genehmigungsverfahren auch diese Branche mit Fachkräftemangel und Ressourcenknappheit zu kämpfen hat.

Der Einwohner Herr Hennigs spricht die Verzögerung der Verfahren durch Klagen an. So sei das aktuelle RROP derzeit beklagt und diese Klage sei seit nun zwei Jahren nicht entschieden. Er möchte wissen, ob dem Landkreis Tendenzen oder Hinweise bekannt sind, wie und wann hier eine Entscheidung getroffen werden soll. Weiterhin bittet er um Auskunft, ob bei Erfolg der Klage das ganze RROP ungültig sei.

Frau Kentner erläutert dazu, dass dies davon abhängt, welche Teile des RROP konkret beklagt wurden.

Sofern ein Grundsatz der Planung beklagt wird, zum Beispiel der Kriterienkatalog für die Entwicklung des Flächenkonzeptes, und diese Klage Erfolg hat, wäre tatsächlich das gesamte RROP hinfällig.

Sofern jedoch ein einzelnes Gebiet beklagt wird, weil zum Beispiel der Kriterienkatalog für das Gebiet nicht stringent angewandt wurde, und diese Klage Erfolg habe, sei nur das betroffene Gebiet ungültig.

Im Landkreis Peine ist kein Gebiet beklagt worden.

Bürgervertreterin Schneider spricht die Problematik der Leitungen und Einspeisung an. Sie hakt nach, ob bei der Flächenauswahl die Nähe zu Einspeisepunkten berücksichtigt werde. Frau Weyberg erläutert, dass dies nicht berücksichtigt sei. Man werde bei großen Anlagen in jedem Fall einen Einspeisepunkt bekommen, jedoch sei fraglich, wie weit eine entsprechende Zuleitung noch verlegt werden müsse.

KTA Dr. Efken bittet um Erklärung, welche Konsequenzen zu erwarten sind, wenn Niedersachsen bis 2026 das 2,2 %-Ziel verfehlt.

Frau Weyberg erläutert, dass dann ab dem Zeitpunkt auch wieder privilegierte Anträge außerhalb von Vorranggebieten gestellt werden können.

KTA Kirchmann fragt, wie das Potenzial beim Repowering von Altanlagen gesehen wird. Wo liegen hier die Probleme?

Frau Weyberg erklärt, dass ein Repowering nur mit großen Anlagen wirtschaftlich sei. Bei kleinen Einzelanlagen bestehe keine Wirtschaftlichkeit.

Bürgervertreter Streichert bittet um Ausführungen zu den Themen Biomasse und Geothermie. Wer kümmert sich um die Themen? Frau Weyberg erläutert, dass der LEE sich auch mit diesen Themen beschäftigt. Derzeit gäbe es 4 Pilotprojekte für Tiefengeothermie (bis 4000 m) in alten Gas- und Ölbohrlöchern in Niedersachsen.

Mit den angesprochenen Themen beschäftigen sich auch die Gemeinden und die Klimaschutzagentur. Eventuell wäre es sinnvoll, wenn diese in einer der nächsten Sitzungen zu diesem Thema berichtet.

Bürgervertreterin Schneider spricht das Thema Freiflächen-PV an. Wie positioniert sich der Landkreis zu diesen Anlagen?

Frau Wemmel erläutert, dass der Landkreis, die Stadt und die Gemeinden immer mehr in den Austausch kommen und z.B. die Stadt Peine schon ganz aktiv ist. Frau Schaarschmidt berichtet aus der Klimaschutzagentur, welche in der nächsten Woche ein Arbeitskreistreffen zu diesem Thema durchführt. Ziel des Arbeitskreises sei es, die Gemeinden in den Austausch zu bringen und Synergieeffekte zu finden, um auch gemeindeübergreifende Projekte zu realisieren.

Weitere Fragen bestehen nicht. Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Weyberg und schließt den Tagesordnungspunkt.

**Van Leeuwen, Möhle, Belte verlassen die Sitzung (18:30 Uhr)*

6. Niedersächsischer Weg **Vorlage: 2022/195**

Frau Krüger stellt die dem Protokoll als Anlage 2 beiliegende Präsentation vor.

**Mews, Meyer verlassen die Sitzung (18:45 Uhr)*

Zum Vortrag werden Fragen gestellt.

KTA Dr. Efken spricht Punkt 8 des Niedersächsischen Weges an, die Beratung der Landwirt*innen für einen verbesserten Biotop- und Artenschutz. Frau Krüger berichtet, dass Peine/Wolfenbüttel als eine von drei Pilotregionen in Niedersachsen ausgewählt wurde und bereits ein grobes Ziel- und Maßnahmenkonzept erstellt wurde. KTA Dr. Efken möchte wissen, wer die Ziele und Maßnahmen bestimmt hat. Frau Krüger erläutert, dass dies bei den Runden Tischen mit Beteiligten der Landkreise, Landwirtschaftskammer, ÖNSA, NLWKN und dem Landschaftspflegeverband erfolgt sei. Frau Kentner ergänzt, dass eine politische Beteiligung nicht vorgesehen ist.

Bürgervertreterin Schneider fragt nach konkreten Beispielen, was bisher in das Konzept aufgenommen wurde. Da bisher jedoch nur das grobe Gerüst steht und die einzelnen Maßnahmen noch in der Entwicklung sind, wird angeboten, in einer Sitzung ausführlicher zu berichten, wenn man ein konkretes Ergebnis präsentieren könne.

Bürgervertreterin Schneider bittet weiterhin um Mitteilung, wie weit der Landkreis mit der Einführung des Kompensationsflächenkatasters sei, das ja nun verpflichtend sei. Frau Krüger berichtet, dass der Landkreis die eigenen Daten wie gesetzlich vorgeschrieben aufbereitet hat, jedoch das geplante landesweite System zunächst vom NLWKN entwickelt und bereitgestellt werden müsse. Dieser Prozess sei noch nicht abgeschlossen. Frau Kentner ergänzt, dass ältere Maßnahmen noch nacherfasst werden sollen. Die Maßnahmen aus der Bauleitplanung der Gemeinden waren bisher gesetzlich nicht zur Erfassung vorgesehen, diese müssen aber zukünftig ebenfalls in das Kataster des NLWKN eingetragen werden. Dies verursacht in der Umsetzung einen großen Aufwand.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Krüger für den Vortrag und schließt den Tagesordnungspunkt.

7. Doppischer Produkthaushalt 2023 für die Dezernatsleitung 2 und die Fachdienste Umwelt sowie Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung **Vorlage: 2022/175**

Es werden Fragen zum Haushalt gestellt.

KTA Dr. Efken möchte wissen, warum die Klimaschutzagentur kein Budget habe. Frau Schaarschmidt und Frau Wemmel erläutern, dass die KSA als Stabsstelle direkt dem Dezernenten zugeordnet sei und das Teilbudget KSA im Gesamtbudget Dezernat II zu finden sei. Auf die Nachfrage weshalb das Budget nicht gesondert dargestellt sei und warum es noch keine formulierten Zielkennzahlen gäbe, wird erläutert, dass sich das erst seit kurzem

komplette Team der KSA erstmal finden müsse. Die Aufnahme von Zielkennzahlen sei in 1-2 Jahren realistisch, wenn man einen Zeitraum habe den man auswerten kann um zu sehen, welche Ziele überhaupt realistisch sind.

Da keine weiteren Fragen bestehen, ruft die Ausschussvorsitzende zur Abstimmung auf,

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt dem Kreistag, der Stellenplan-änderung (Seite 35, Ziffer 2.1 bis 2.2) und dem Doppischen Produkthaushalt 2023 für die Budgets der Dezernatsleitung 2 (Seiten 184 bis 185), des Fachdienstes Umwelt (Seiten 186 bis 195) und des Fachdienstes Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung (Seiten 196 bis 206) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 4

8 . Informationen der Verwaltung

Frau Shobiery Fard stellt die dem Protokoll als Anlage 3 beiliegende Präsentation vor.

Es bestehen keine Fragen zu dem Vortrag.

**Schneider verlässt die Sitzung (19:25 Uhr)*

8.1 . Vorstellung des Fachdienstes Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Frau Shobiery Fard stellt die dem Protokoll als Anlage 3 beiliegende Präsentation vor.

Es bestehen keine Fragen zu dem Vortrag.

**Schneider verlässt die Sitzung (19:25 Uhr)*

9 . Anfragen und Anregungen

KTA Kirchmann erkundigt sich, ob dem Landkreis schon Werte über die aktuellen Grundwasserstandsmessungen vorliegen. Frau Wommel erklärt, dass der Landkreis selbst keine aktuellen Daten erhebt. Diese Aufgabe liege beim Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), der das Grundwassermessnetz betreibt und regelmäßig Daten erhebt und auswertet.

KTA Wehmer spricht das Jakobskreuzkraut in Straßenseitenräumen an und bittet um Mitteilung, was der Landkreis dagegen unternimmt.

Frau Kentner erläutert, dass es sich beim Jakobskreuzkraut um eine einheimische Pflanze handelt, für deren Bekämpfung keine rechtliche Verpflichtung bestehe. Sie erläutert die Probleme im Zusammenhang mit der Pflanzenart bezüglich der Gefährdung von Nutztieren. Es sei allen bewusst, dass das Thema dadurch emotional belegt sei. Eine Bekämpfung auf Grünlandflächen, die der Heugewinnung dienen, sei durchaus erforderlich und sinnvoll. Man müsse jedoch auch bedenken, dass die Pflanze als Spätblüher eine wichtige Nahrungsquelle für Insekten sei und daher abseits der Grünlandflächen durchaus ihren Wert habe.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 19:44 Uhr.

Doris Maurer-Lambertz
Ausschussvorsitz

Christian Mews
Kreisrat Umwelt, Bauen,
Verbraucherschutz

Selina Hofmeister
Protokollführung